

## Die Landfrage in der Nachkriegszeit

Die Nachkriegszeit ist weit davon entfernt, eine Zeit der friedlichen Lösung von strukturellen Problemen wie z.B. der Landfrage zu sein. Vielmehr hat sie sich dadurch charakterisiert, dass der Boden wieder im Besitz von Wenigen ist, das Realeinkommen der in der Landwirtschaft Arbeitenden sinkt und der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt in der Mehrheit der zentralamerikanischen Länder sinkt. Die politischen Veränderungsprozesse in der Region haben einen Aufschub der für eine wirtschaftliche Konsolidierung nötigen, landwirtschaftlichen Veränderungen zur Folge. Der folgende Artikel über die Landfrage in der zentralamerikanischen Region ist Ende Februar in *Inforpress* erschienen.

### Politische Stabilität ohne strukturelle Reformen

In Nicaragua führte vor ca. 20 Jahren die Agrarreform zur Verteilung von beinahe vier Millionen *Manzanas* Land, was rund 50% des gesamten Landwirtschaftslandes ausmachte. Heute hat der Grossgrundbesitz wieder Aufschwung: AusländerInnen und FunktionärInnen der letzten drei Regierungen sind heute die neuen BesitzerInnen der Küsten des Nicaraguasees und ihnen gehört das beste Land in Matagalpa und Jinotega, wo der Hochlandkaffee angebaut wird.

Die Anzahl der Kooperativen ist von 3000 auf 1500 zurückgegangen und die ehemaligen KooperativistInnen sind an die steilen, unfruchtbaren Hänge und in den informellen Wirtschaftssektor verdrängt worden. Diese veränderten Verhältnisse im Landbesitz sind durch illegale Aktionen und Gewalt zustande gekommen.

In Guatemala fängt für den Grossteil der armen Landbevölkerung das 21. Jahrhundert so an wie bereits das 19. Jahrhundert war: Neun von zehn ländlichen Haushalten kochen mit Holz, mehr als die Hälfte hat keinen Wasseranschluss, 74% der ländlichen Bevölkerung lebt mit einem Einkommen von weniger als einem US-\$ pro Tag und Person. In den letzten siebzehn Jahren verlor der Minimallohn eines Landarbeiters oder einer Landarbeiterin 30% seiner Kaufkraft.

In El Salvador nimmt heute niemand die für die BäuerInnenorganisationen wichtigen Themen auf, weder die FunktionärInnen, noch die PolitikerInnen, noch die AnalytikerInnen. Wenn die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes gelöst werden sollen, muss die Frage des Landbesitzes vorrangig behandelt werden. Das Thema wurde jedoch in den Friedensabkommen von 1992 nicht angegangen. Die Tatsache, dass die Regierungspartei (ARENA) die Beschränkung des Landbesitzes aus der Verfassung streichen will, ist für die BäuerInnenorganisationen ein Beweis dafür, dass die Regierung zu einem System der Landkonzentration in wenigen Händen zurückkehren will. Für Carlos Rodriguez, Generalsekretär der nationalen LandarbeiterInnenvereinigung in El Salvador, ist diese Entwicklung gefährlich, da gerade die ungerechte Landverteilung einer der Gründe war, die zum Krieg führten. Zum Grossgrundbesitz zurückzukehren würde bedeuten, zu einem potentiellen Konflikt zurückzukehren, meint Rodriguez.

In Honduras verlangten vor kurzem ca. 5000 Indigenas, BäuerInnen und Garifunas, dass der Agrarreformprozess wieder aufgenommen wird. Die Demonstration, vom Zivilkomitee der Indigenaorganisationen und verschiedenen BäuerInnenorganisationen organisiert, fand am Tag der Hispanität statt und protestierte ausserdem gegen verschiedene, kürzlich gefällte Gerichtsurteile im Zusammenhang mit Landproblemen und der Verhaftung beteiligter BäuerInnen. Aber die friedliche Demonstration wurde durch Schüsse, Tränengas und Stockhiebe aufgelöst, als sie am Präsidentenpalast vorbeizog. Zwanzig Verletzte, teils DemonstrantInnen, teils Polizisten, waren das Ergebnis. Ein weiteres, jedoch positives Resultat der Demonstration war, dass die Legislative (der Kongress) am 12. Oktober 1999 eine Verfassungsreform nicht ratifizierte, die den Verkauf von Küsten- und Grenzland für Tourismusprojekte erlauben sollte. Carlos Zuñiga, einer der honduranischen Indigenavertreter erklärte, dass genau in diesen Küstenzonen und in Grenznähe die sieben ethnischen Gruppen des Landes angesiedelt sind und dass diese beim Inkrafttreten der Verfassungsreform durch nationale und internationale InvestorInnen vertrieben würden.

### Viel länger kann nicht mehr zugewartet werden...

Diese ungerechte Bodenverteilung - Grundlage für die revolutionären Befreiungskämpfe in der ganzen Region - spitzt sich heute zu durch den Bevölkerungszuwachs, die Umweltkrisen, die Tiefstpreise für traditionelle Exportprodukte und das Fehlen einer Strategie um die eng miteinander verknüpften Probleme 'Besitztum' und 'Armut' zu lösen.

Während den Friedensprozessen in Guatemala, El Salvador und Nicaragua in den neunziger Jahren gelang es (durch Institutionalisierung und die notwendige politische Beteiligung), die durch interne Krisen und politische Gewalt geschwächten, sozialen Bewegungen, wieder zu stärken.

In Guatemala vergingen beinahe drei Jahre ohne eine einzige nationale Kundgebung. Die erste Demonstration zu Friedenszeiten - der grosse Maya- und BäuerInnenmarsch - fand am 12. Oktober 1999 statt. 15'000 BäuerInnen

aus den verschiedenen Landesteilen kamen in einem Sternmarsch in die Hauptstadt und trafen sich vor dem Nationalpalast. Dort überreichten sie den Behörden einen Forderungskatalog zu den Punkten Lohnerhöhung, Vergabe von Landtiteln und Gemeindeentwicklung. Sie erhielten von der im Abtreten begriffenen Regierung Arzu dürftige Angebote, die jeglicher Basis entbehrten.

Der neue Präsident Alfonso Portillo erwähnte in seiner vielversprechenden Antrittsrede das Thema des Landbesitzes gerade in zwei Sätzen, ohne jedoch eine Lösung für die historischen Probleme vorzuschlagen. Er versprach einzig: "Wir werden der Landproblematik ihren verdienten Platz einräumen..."

Während die Regierungsstelle für Öffentlichkeitsarbeit den Medien den Text der Antrittsrede verteilte, vertrieben hunderte von Polizisten zweihundert Familien von einer Finca in Santo Domingo, Suchitepequez, die sie seit acht Monaten besetzt hielten, in der Erwartung, dass ihnen das Land zuerkannt werde. Die neue Regierung stoppte den Räumungsbefehl nicht, um zuerst mit den

BesetzerInnen zu verhandeln. Trotzdem zogen sich die BesetzerInnen friedlich zurück.

Aber die Wirksamkeit der Mechanismen, die in der Region angewendet werden, um die Landkonflikte zu vermindern, könnte sich erschöpfen. Die Marktliberalisierung und die wirtschaftliche Globalisierung haben für den Agrarsektor keine Verbesserung eingebracht. In Costa Rica wuchsen die gesamten Importe zwischen 1992 und 1997 um insgesamt 32%. Davon entfielen allein 70% auf den Agrarsektor. In der selben Zeitspanne sank der Anteil des Agrarsektors auf dem finanziellen Markt von 50% auf 12%.

Mit den Finanzkrisen der Kooperativen in El Salvador besteht die Gefahr, dass vielerorts das Land an die Banken geht, welche es wiederum an die Meistbietenden weiterverkauft. In Nicaragua provozierte dieselbe Situation viele Landverkäufe. Der Vorsitzende der *Nationalen Koordination der Landkooperativen* in Nicaragua (FENACOO), Sinforiano Cáceres, versicherte, dass der grösste Teil des Landes, das der Präsident Arnoldo Alemán kaufte, durch die

staatliche *Nationale Entwicklungsbank* (BANADES) gepfändet wurde, nachdem die ProduzentInnen Konkurs gegangen waren. Die Schulden gingen zum gefürchteten Eintreibungsbüro, *Cobra* genannt, durch dessen Praxis viele ProduzentInnen ihre Fincas verloren.

In Honduras sind die Agrarreformen, die 1962 begannen, nach der Annahme des Gesetzes zur landwirtschaftlichen Modernisierung immer mehr verwässert worden. In der Nach-Mitch-Zeit versuchte der Kongress, die bereits erfolgten Reformen noch einmal zu verändern. Doch Volksproteste erreichten eine Verhandlung und der Kongress musste in einigen Punkten nachgeben.

Doch auch in Honduras haben viele durch die Landreform begünstigte Kooperativen ihr Land wieder verkaufen müssen, wodurch die Anzahl der landlosen Familien erhöht wird.

Rosalinda Hernández, Landwirtschaftsexpertin, beschreibt eine für die ganze Region beispielhafte Situation: "In Guatemala ist eine Million Familien von der Landwirtschaft abhängig, aber 70% des kultivierbaren Landes ist im Besitz von tausend Familien".

## Erneut Wechsel im Militär

**Guatemala, 21. März.** Selbst für die Betroffenen überraschend kam eine erneute Postenumbesetzung innerhalb der Militärführung. Einige zum Teil erst mit der Amtsübernahme Präsident Portillos eingesetzte Militärkommandanten wurden bereits wieder umgeteilt.

Als reinen Routinewechsel bezeichnete das *Informationsdepartement des Militärs* (DIDE) die Umbesetzungen, unter anderem des Kommandanten der Kaserne in Quetzaltenango, Oberst Max Gonzáles, der neu zum Leiter der militärischen Ehrengarde ernannt wurde. Das Hauptquartier in Guatemala Stadt wird neu vom Infanteriegeneral Edgar Trejo Reyes und die Marschallbrigade *Zavala* von Oberst Eduardo Arévalo Lacs kommandiert.

Diese, sowie die anderen Militärs, die neu in die Führung wichtiger Brigaden und Kasernen abkommandiert wurden, stammen alle aus dem selben Ausbildungsjahrgang wie der im Januar zum Verteidigungsminister ernannte Juan de Dios Estrada Velásquez.

Laut Militärexperte Mauricio López Bonilla versucht der Verteidigungsminister mit dieser Massnahme, eine gewisse Sicherheit herzustellen und sich für seine Amtszeit mit ihm loyalen Militärführern zu umgeben. Dies sei in Anbetracht des bevorstehenden Regierbar-

keitsabkommens und des Finanzpaktes unbedingt notwendig.

Die Ernennung Estrada Velásquez löste unter ranghohen Militärs Überraschung und Kritik aus. Da er 'nur' den Rang eines Oberst innehat, wurden mit seiner Ernennung automatisch neunzehn Generäle degradiert bzw. in den Ruhestand versetzt.

Einige der insgesamt 26 angekündigten Neubesetzungen betreffen nun auch diese degradierten Generäle. Um ihnen mindestens auf dem politischen Parkett noch eine angesehene Stellung zu verschaffen, werden rund zehn dieser Generäle als Militärattachés ins Ausland geschickt, u.a. nach Mexiko, Chile, Venezuela, Spanien, Kolumbien, Nicaragua, Deutschland und in die Vereinigten Staaten.

López Bonilla sieht darin einen geschickten Schachzug des Verteidigungsministers. Damit, dass Estrada Velásquez diese potentiell unzufriedenen Generäle in alle Himmelsrichtungen verstreut, räumt er die Gefahr einer gegen ihn gerichteten Verschwörung aus dem Weg, meint der Militärspezialist.

Präsident Portillo distanziert sich von diesen erneuten Umbesetzungen. Die Gründe dafür müsse der Verteidigungsminister selber erklären, meint Portillo gegenüber der Presse. Er selber

habe mit den Entscheidungen nichts zu tun, diese seien auf rein militärischer Ebene getroffen worden. Weiter legt er Wert darauf, dass militärische Entscheidungen nicht politisiert würden.

### ¡Fijáte!

**Herausgeber:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
 2502 Biel  
 PC: 30-516068-6  
**Redaktion und Abos:**  
 ¡Fijáte!  
 c/o Barbara Müller  
 Birmensdorferstr. 116  
 8003 Zürich  
 Tel. 01/ 462 98 74  
 E-Mail:  
 barbara-m@bluewin.ch  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntägig.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Gentechdüngemittel in Guatemala

**Guatemala, 15. März.** In einer Presseerklärung verlangt die *Gruppe Gegenseitiger Hilfe* (GAM) von der Regierung eine Kontrolle über genetisch hergestellter Düngemittel, wie sie in Guatemala von den Firmen *Monsanto* (USA) und *Novartis* (Schweiz) vertrieben werden:

"Gentechnisch hergestellte Produkte sind das Ergebnis von wissenschaftlichen Forschungen, die angestellt werden, um grössere Gemüse und Früchte herzustellen. Dies ist für die grossen Unternehmen ein wirtschaftlicher Vorteil, wird doch Grösse oft mit Qualität ver-

wechselt. So wie Tiere geklont wurden, wird jetzt auch Düngemittel geklont, um die Erde besser nutzen zu können und scheinbar bessere Ernten zu erzielen. Das Problem ist jedoch, dass die Früchte zwar grösser sind, dass aber die Erde nach einmaliger Anwendung dieser Dünger auf keine anderen Düngemittel als gentechnisch hergestellte mehr reagiert. In den Vereinigten Staaten und Europa sind diese Art Düngemittel verboten, ebenso der Verkauf von Lebensmitteln, die genetisch hergestellt werden. Die Firmen *Monsanto* und *Novartis* haben

ihre Düngemittel in den industrialisierten Ländern vom Markt genommen, sind in Guatemala aber die Vertreter derselben. Es ist beunruhigend, dass Länder wie Guatemala zu Versuchslaboratorien werden, wo die transnationalen Firmen ihre für Mensch und Natur schädlichen Produkte herstellen und vertreiben, ohne dass die Regierung eine Regelung und Kontrolle über die Anwendung solcher Produkte erlässt. Wir fordern die guatemalteckische Regierung auf, eine Untersuchung gegen *Novartis* und *Monsanto* einzuleiten."

## Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission

**Guatemala, 17. März.** Nachdem als ein erster Schritt in Richtung Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission (CEH) die guatemalteckische Regierung ihre institutionelle Verantwortung bei verschiedenen Menschenrechtsverletzungen anerkannt hat, geht sie nun noch einen Schritt weiter: Präsident Portillo reichte eine Gesetzesvorlage ein, um den 26. April, den Tag der Ermordung von Weihbischof Juan Gerardi, zum *Nationalen Tag der Gewaltopfer des Krieges* zu ernennen. Teil der Initiative Portillos ist es auch, den Bericht der CEH in den offiziellen Lehrplan der öffentlichen und privaten Mittelschulen aufzunehmen. Weiter soll in sämtlichen Schulen an diesem Tag die Fahne auf Halbmast gehisst werden, in Erinnerung an die Todesopfer des über 30 Jahre dauernden Krieges.

Der Kongress ist jedoch bereits der Petition verschiedener Menschenrechtsorganisationen nachgekommen und hat ein Dekret erlassen, das den 26. Februar, den Tag, an dem vor einem Jahr

die Wahrheitskommission ihren Bericht vorgelegt hat, zum *Tag der Opfer des bewaffneten Konfliktes* ausruft (siehe *fijate* Nr. 205).

Der Kongressabgeordnete der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), Leopoldo Clavería, sieht keinerlei Widerspruch zwischen der Initiative Portillos und dem bereits verabschiedeten Dekret.

Die Menschenrechtsorganisationen sehen dies jedoch etwas anders: Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) fordert Präsident Portillo auf, seine Initiative zurückzuziehen, da sie mit derjenigen der Menschenrechtsorganisationen im Widerspruch stehe.

Ähnlich äusserte sich Miguel Angel Albizures von der *Vereinigung Familienangehöriger von Verschwundenen* (FAMDEGUA). Er bezeichnet die Tatsache, dass sich die Regierung mit ihrer Rolle im bewaffneten Konflikt auseinandersetzt, als begrüssenswert. Er zweifelt jedoch daran, ob es in diesem

Zusammenhang nicht wichtigere Themen gäbe als die Nationalflagge auf Halbmast zu hissen oder an diesem Tag sportliche und kulturelle Wettkämpfe zu veranstalten. Die Aufnahme des CEH-Berichtes in den Schulstoff sei sicher wichtig, doch noch viel dringender sei die Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen. Weiter schätzt Albizures die Wiedergutmachung für betroffene Dörfer oder die Beschleunigung von Prozessen gegen die Verantwortlichen der Massaker als vordringliche Massnahme ein.

Die Menschenrechtsorganisationen haben den 25. Februar als *Nationalen Tag der Gewaltopfer des Krieges* gewählt, da die Präsentation des Berichts der offiziellen Menschenrechtskommission ein wichtiges Datum in der Geschichte des guatemalteckischen Volkes sei, meint Albizures weiter. Er befürchtet, dass mit einem allgemeinen Gedenktag am 26. April, die spezielle Erinnerung an die brutale Ermordung von Bischof Gerardi verblassen würde.

## Zuckermonopol aufgehoben

**Guatemala, 26. März.** Nachdem vor rund sechs Monaten die Einfuhrzölle für Milchprodukte abgeschafft wurden, ist nun der Zucker das zweite Produkte, das von Zöllen befreit wird. (Bisher musste für importierten Zuckern 20% Zoll bezahlt werden. Auf dem internationalen Markt kostet der Zucker rund vier Mal weniger als in Guatemala.)

Mit dieser Massnahme reagiert die Regierung auf eine überrissene Preiserhöhung, die von den guatemalteckischen Zuckerraffinerien Ende 1999 beschlossen wurde. Der im Abtreten begriffene Präsident Alvaro Arzú reagierte darauf sofort mit der Bewilligung einer einmaligen Importation von zehntausend Ton-

nen Zucker.

Wirtschaftsminister Eduardo Weyermann betont, dass es mit der Aufhebung der Einfuhrzölle nicht darum gehe, die nationale Zuckerindustrie zu zerstören, sondern es sei ein Schritt Richtung wirtschaftlicher Öffnung des Landes. Ausserdem würden davon auch die KonsumentInnen profitieren.

KritikerInnen dieser Massnahme argumentieren, dass es stimme, dass der Einkaufspreis des Zuckers, der Ende Jahr eingeführt wurde, günstig war. Die ganzen Transportkosten, um die Ware vom Hafen ins Landesinnere zu bringen sowie die gesetzlich vorgeschriebene Anreicherung mit Vitamin A habe jedoch

dazu geführt, dass schlussendlich der Preis auf dem Verbrauchermarkt nicht mehr viel tiefer war, als derjenige des guatemalteckischen Zuckers.

Die *Guatemalteckische Handelskammer* (CCG) hingegen begrüsst den Entscheid der Regierung. Sie sieht darin einen notwendigen Wettbewerbsanreiz für die nationale Industrie.

Die *Vereinigung der Zuckerindustriellen* (ASAZGUA) hat sich bisher nicht zur Abschaffung der Einfuhrzölle geäussert. Die insgesamt siebzehn Raffinerien vereinende ASAZGUA sei noch daran, zusammen mit ihren BeraterInnen und AnwältInnen die Auswirkungen der Massnahme zu analysieren, hiess es.

## Belastende Aussagen im Fall des Massakers Dos Erres

**Guatemala, 23. März.** Vor fünf Jahren wurden auf dem Gelände von *Dos Erres* in der Gemeinde La Libertad, Petén, die Exhumierung von insgesamt 162 Gräbern beendet, wobei 67 Kinder unter zwölf Jahren ausgegraben wurden. Damit begann die Untersuchung über eines der grausamsten Massaker in der Geschichte Guatemalas. Stattgefunden hatte das Massaker am 7. Dezember 1982, während der Regierungszeit Ríos Montt's und während dem Höhepunkt der von ihm angeordneten Politik der 'verbrannten Erde'. Als befehlshabender General amtierte zu dieser Zeit der stellvertretende Chef des *Präsidentialen Generalstabes* (EMP), Héctor Gramajo. Damalige Kommandanten der im Petén operierenden Aufstandsbekämpfungstruppe *Kaibiles* waren Víctor Augusto Vásquez, Víctor Martínez Samayoa und Hugo Francisco Carranza.

Mehr als fünfzehn Militärs, von den Ranghöchsten bis zu Mitgliedern der *Kaibiles* machten im Verlauf der bisherigen Untersuchung ihre Aussagen und stritten unisono ab, etwas mit dem Massaker zu tun zu haben, bzw. dass es überhaupt stattgefunden hat. Die zynischsten unter ihnen behaupteten gar, die Guerilla habe das Massaker ausgeführt.

Nun machten aber erstmals zwei Militärs, ehemalige Angehörige der *Kaibiles*, belastende Aussagen vor dem Gericht in Santa Elena, Petén. Sie beschrieben detailliert das brutale Vorgehen des Militärs gegenüber der Bevölkerung von *Dos Erres*. Insgesamt sechzig Soldaten, die auf der Suche nach Waffen waren, die sie (ausser Macheten und Spaten), nie gefunden haben, waren laut den Zeugenaussagen am Massaker beteiligt.

Die beiden Zeugen verreisten, nachdem sie ihre Aussagen gemacht hatten, zusammen mit ihren Familien ins ausländische Exil. Die Möglichkeit des Exils war eine Bedingung der Zeugen und wurde ihnen während Monaten nicht zugestanden, wodurch die Untersuchungen zum Stillstand kamen.

Auf die gegen ihn gemachten Anschuldigungen angesprochen, meinte Héctor Gramajo, sie seien absolut absurd, er habe ein reines Gewissen in dieser Angelegenheit.

Die *Vereinigung der Familienangehörigen von Verschwundenen* (FAMDEGUA), die als Nebenklägerin auftritt, hofft, dass aufgrund der Aussagen der beiden Militärs endlich Haftbefehle gegen die Verantwortlichen ausgestellt werden und ein Prozess begonnen werden kann.

den kann.

FAMDEGUA wehrt sich gegen die kürzlich von der guatemaltekischen Regierung angebotenen 'freundschaftlichen' Lösung im Fall des Massakers in *Dos Erres*. Die Organisation fragt sich, ob es eine solche Lösung überhaupt geben kann, ohne dass ein Prozess geführt wird und unterstellt der Regierung vielmehr, unter 'freundschaftlich' das Schubladisieren der Akten und im Gegenzug dazu etwas materielle Unterstützung für die Betroffenen, zu verstehen. Das Massaker von *Dos Erres* ist einer von drei Fällen, in denen die guatemaltekische Regierung vor dem *Interamerikanischen Gerichtshof* ihre intellektuelle Verantwortung zugegeben hat.

FAMDEGUA stellt drei klare Forderungen an die Staatsanwaltschaft:

Erstens müsse die Untersuchung weitergeführt und müssten Haftbefehle gegen die am Massaker beteiligten Militärs ausgestellt werden.

Zweitens müsse der *Oberste Gerichtshof* unabhängig arbeiten können. Dazu gehöre die Vorverurteilung von Efraín Ríos Montt, damaliger Staatschef und heutiger Kongresspräsident.

Drittens müsse der Prozess gegen die Verantwortlichen eröffnet und die Zeugenaussagen protokolliert werden.

## Gemeinden in Finanznöten

**Guatemala, 23. März.** Gemäss einer Studie des *Institutes zur Unterstützung der Gemeinden* (INFOM) befinden sich zwölf der insgesamt 331 Gemeinden in einer "finanziell chaotischen" Situation. Diese Gemeinden hätten nicht einmal die nötigen Mittel, um die anfallenden Kosten wie z.B. Löhne zu bezahlen, heisst es in der Untersuchung.

Präsident Portillo geht sogar noch weiter: Laut ihm haben 254 Gemeinden aus der letzten Regierungszeit Schulden übernommen, die sie nicht einmal innerhalb der nächsten zwanzig Jahren abzahlen könnten.

Die Höhe der Gesamtschuld wird unterschiedlich beziffert: Während der *Rechnungsprüfer der Nation* (CGC), Marco Tulio Abodía Molina, die Schulden auf etwa 400 Millionen Quetzales (ca. 5,3 Millionen US-\$) schätzt, spricht Francisco Reyes Wild von INFOM von 333 Millionen Quetzales, die allein seiner Institution geschuldet würden. Dazu kämen rund 350 Millionen, die bei den Privatbanken ausstünden. Dazu kämen Schulden an die Elektrizitätswerke, an die Krankenversicherung IGSS sowie an internationale Organisationen. Über ge-

naue Zahlen verfüge er nicht, meint Reyes Wild, doch rechnet er mit mehreren Milliarden. Die am höchsten verschuldeten Gemeinden sind in Finanznöten Quetzaltenango, Retalhuleu, San Pedro Sacatepéquez, Escuintla, Chiquimulilla, Zacapa und einige Gemeinden in Chiquimula und Petén sowie die Hauptstadt und Mixto.

Die Einnahmequellen der Gemeindegassen setzen sich aus Steuern und Abgaben, Darlehen von Banken oder internationalen Organisationen sowie staatlicher Unterstützung zusammen. 10% des Staatsbudgets wird nach einem bestimmten Schlüssel an die Gemeinden verteilt. Doch auch wenn Präsident Portillo in seiner Antrittsrede den anwesenden BürgermeisterInnen versprochen hat, eine Lösung für die prekäre Situation der Gemeinden zu suchen, sind genau sie es, die als erste die Konsequenzen der kürzlich verabschiedeten Budgetkürzung zu spüren bekommen.

Um die Krise der Gemeinden kurzfristig zu lösen, schlägt der Kongressabgeordnete Leopoldo Cruz Calvería (FRG) vor, dass die Regierung die Schulden übernimmt.

Für Alvaro Velásquez von der *Vereinigung der Gemeinden Zentralamerikas* (FEMICA) liegt die kurzfristige Lösung in der vorgezogenen Auszahlung des Staatsbeitrages. Längerfristig müsse eine bessere Planung und Auswertung der Projekte auf Gemeindeebene gemacht werden. Die finanziellen Nöte der Gemeinden sei ein strukturelles Problem, dessen Ursache in der fehlenden Planung, in der Korruption und in einer fehlenden sozialen und staatlichen Kontrolle liege, meint Velásquez weiter. Die stattfindende Dezentralisierung geht ihm zu schnell. Zuerst müssten die Grundbedingungen geschaffen werden, um den Gemeindeverwaltungen mehr Autonomie zu geben. Viele BürgermeisterInnen bräuchten technische Unterstützung, um ein Budget aufzustellen und Prioritäten setzen zu lernen.

Einmal mehr ist es die ländliche Bevölkerung, die von der finanziellen Krise der Staats- und Gemeindegassen betroffen ist. Sehen sich die Gemeinde gezwungen, Budgetkürzungen vorzunehmen, ist zu befürchten, dass es in erster Linie die Bereiche Gesundheit, Bildung und Infrastruktur trifft.

## Rechnungsprüfer entlassen

**Guatemala, 25. März.** Wegen 'Fahrlässigkeit und Ineffizienz' hat die FRG-Mehrheit im Kongress gegen die Stimmen der *Allianz Neue Nation* (ANN) und der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) durchgebracht, dass der *Rechnungsprüfer der Nation* (CGC), Marco Tulio Abadío Molina, entlassen wird.

Öffentlich kritisiert wurde Abadío in letzter Zeit vor allem wegen seiner Rolle beim Verkauf der Telefongesellschaft *Guatel* und im Korruptionsfall *Campo Marte*, wo Gelder vom Friedensfonds (FONAPAZ) für die Renovation eines Freizeitzentrums missbraucht wurden. In beiden Fällen wäre es die Aufgabe des Rechnungsprüfers gewesen, die Unregelmäßigkeiten bei den finanziellen Transaktionen festzustellen und der Staatsanwaltschaft zu melden.

Die FRG-Abgeordnete Flora de Ramos begründet die Entlassung damit, dass Abadío seine Aufgaben nicht wahrgenommen habe. Er habe die Sozialfonds nicht überprüft und mit seinem Verhalten der Korruption Vorschub gegeben.

Alvaro Hugo Rodas (PAN) hingegen bezeichnet die Entscheidung als

'politisches Lynchen'. Es ginge nur darum, eine der Regierung unliebsame Person von ihrem Posten zu entfernen.

Eine ähnliche Kritik äussert das *Zentrum zur Verteidigung der Verfassung* (CEDECOM): Es gehe nicht an, jedesmal, wenn es politisch opportun sei, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, um Leute von ihren Posten zu entheben. (Mit dieser Kritik bezieht sich CEDECOM auf die Verfassungsänderungen, die die Einsetzung des Verteidigungsministers sowie des Direktors von FONTIERRA ermöglichten. Weiter wird die Gesetzesreform kritisiert, die erlaubt, dass der Kongresspräsident wiedergewählt werden kann.)

Alfonso Bauer Paíz, Abgeordneter der ANN meint, wenn Abadío Gesetzesverstösse begangen habe, sei es nicht die Aufgabe des Kongresses, sondern der Rechtschaffenheitskommission, dem nachzugehen.

Abadío selber akzeptiert seine Entlassung nicht und seine Anwälte reichen beim Verfassungsgericht umgehend eine Klage ein. Die Klage stützt sich darauf, dass er weder vorgeladen noch angehört, noch ein Prozess gegen ihn er-

öffnet wurde. Das Verfassungsgericht gab dem Kongress zwei Tage Zeit, um einen ausführlichen Bericht über die Entlassung Abadíos einzureichen und wird daraufhin entscheiden, ob es seiner Klage stattgibt.

Auch unter den Angestellten der Rechnungsprüfungsstelle herrschen geteilte Meinungen über die Entlassung ihres Chefs. Als die VertreterInnen des Kongresses Abadío seine Entlassung überbringen wollten, verweigerten Angestellte der Rechnungsprüfungsstelle ihnen während mehreren Stunden den Zugang zu ihren Büros.

Die ANN-Kongressabgeordnete Nineth Montenegro informiert, dass rund 200 Angestellte der Rechnungsprüfungsstelle telefonisch und schriftlich bedroht werden, weil sie sich gegen die Entlassung ihres Vorgesetzten aussprechen. Mitglieder der Angestelltengewerkschaft hingegen, werfen ihrem ehemaligen Chef vor, seit je her die Gewerkschaftsbewegung zerstören zu wollen, die Verfassung sowie das Arbeitsgesetz zu verletzen und gegen die Richtlinien der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu verstossen.

## Flüchtlingsgemeinden eingebürgert

**Mexiko, 16. März.** Die mexikanischen Behörden informieren, dass die guatemalteckischen Flüchtlingssiedlungen in Mexiko in den rechtlichen Status von Gemeinden erhoben würden. Im Rahmen einer Reise durch den Bundesstaat Champeche gab der Koordinator der *Mexikanischen Flüchtlingshilfe* (COMAR), Pedro Vásquez Comenares bekannt, dass alle der insgesamt 61 guatemalteckischen Flüchtlingssiedlungen in Mexiko unter diesen Beschluss fielen, auch diejenigen in Chiapas. Insgesamt leben in diesen Siedlungen 12'000 guatemalteckische Flüchtlinge. Laut Vásquez Colmenares sind alle diese Personen registriert. Es habe nie Probleme gegeben

und es herrsche eine Stimmung der Solidarität und Kooperation zwischen den Flüchtlingssiedlungen und den benachbarten mexikanischen Indigena-Gemeinden, versicherte er.

Viel schlechter ist hingegen die Situation von FlüchtlingrückkehrerInnen in Guatemala. Die RückkehrerInnen der Gemeinde *Los Cimientos* (Quiché) z.B. führen seit sieben Jahren einen Kampf um ihr Land. Rund 770 Familien mussten 1982 aus ihrem Dorf flüchten. Als sie jedoch 1994 zurückkehrten, lebten bereits andere BäuerInnen dort, obwohl die RückkehrerInnen Papiere hatten, die sie als die BesitzerInnen des Landes ausweisen. Seither leben sie in provisori-

schen Camps. Noch komplizierter wurde die Situation, als vor kurzem ein Unternehmen auf den Plan trat, welches das Land für sich reklamierte und mit einer Räumung der RückkehrerInnen drohte.

In der Gemeinde *Nuevo Porvenir*, San Marcos, leben etwa 40 Familien, die nach der Friedensunterzeichnung 1996 aus Mexiko zurückkehrten. Jetzt haben sie beim Menschenrechtsbüro von Coatepeque Klage eingereicht, da ihnen die versprochene Hilfe nicht zugekommen ist. Sie leben immer noch in Plastikverschlägen, haben keine Wasserleitungen, keinen Strom und keine Abwasserversorgung, heisst es im Bericht der Menschenrechtsstelle.

## Ehemaliger CIA-Agent erhält Auszeichnung

**Washington, 24. März.** Für seinen 'ausserordentlichen Einsatz' wurde der heute 62-jährige, ehemalige Chef der lateinamerikanischen Abteilung des CIA, Terry R. Ward, mit der höchsten Auszeichnung des Amerikanischen Geheimdienstes beehrt. Ward erhielt die *Medaille für eine ausgezeichnete Laufbahn im Geheimdienst*, eine Laufbahn, die 35 Jahre dauerte und 1995 ein abruptes Ende nahm.

Ward wurde aus dem Dienst ent-

lassen, weil er es unterlassen hatte, dem nordamerikanischen Kongress über die Beziehung des CIA zu einem guatemalteckischen General zu berichten, der in zwei Morde anfangs der 90er Jahre verwickelt gewesen ist. Dabei handelt es sich um die Ermordung des Guerilleros Efraín Bámaca (comandante Everardo) und den Amerikaner Michael Devine. Obwohl in den guatemalteckischen Zeitungen der Name des besagten Offiziers nicht genannt wurde, handelt es sich

aller Wahrscheinlichkeit nach um Julio Alberto Alpírez.

Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Guatemala wurde gegen die Auszeichnung Ward's protestiert. Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) bezeichnet die Auszeichnung als eine "Ohrfeige für die Opfer der Menschenrechtsverletzungen". In den USA wurden die Proteste von Jennifer Harbury, der Ehefrau Bámacas und Diana Ortiz, angeführt.

## Staatliche Kampagne zur Familienplanung schlägt Wellen

**Guatemala, 14. März.** Das Gesundheitsministerium lanciert eine breit angelegte Kampagne über Familienplanung, Sexualerziehung und die Verbreitung verschiedener Verhütungsmittel. Das gesamte Gesundheitspersonal und alle Nichtregierungsorganisationen (NRO), die dem *Kommunalen Basisgesundheitsystem* (SIAS) angeschlossen sind, werden in die Kampagne einbezogen.

Den zahlreichen KritikerInnen der Kampagne entgegnet Gesundheitsminister Mario Bolaños, dass sowohl Sexualerziehung, wie auch die Aufklärung über verschiedene Verhütungsmittel von der Bevölkerung sehr wohl gewünscht wird und begründet die Dringlichkeit mit der nach wie vor extrem hohen Müttersterblichkeitsrate.

Er bestätigt, dass gewisse religiöse Tabus eine fortschrittliche Arbeit im Gesundheitsbereich behindern und betont, dass ohne Umdenken überhaupt nicht an gesunde Fortpflanzung gedacht werden könne. Auf die Argumente der 'Recht auf Leben'-Fraktion entgegnet er: "Wir wollen die Müttersterblichkeitsrate senken und nicht die Geburtenrate".

Aus der Opposition meldet sich Mario Ríos Montt vom Menschenrechtsbüro des Erzbischoftums: "Jede Empfängnisverhütung stellt sich gegen das Leben grundsätzlich und nur die Natur weiss eine verantwortungsvolle Fortpflanzung zu steuern".

Anders argumentiert César Vásquez, Vertreter der *Evangelischen Allianz*: Sie unterstützen grundsätzlich den Gebrauch von Verhütungsmitteln, seien aber nicht mit einer Sexualerziehung einverstanden, die Zügellosigkeit und Promiskuität begünstige. Mit der Ausrede, die Verbreitung von Infektionskrankheiten zu verhindern, werde ein unmoralischer Umgang mit Verhütungsmitteln, wie z.B. der Gebrauch von Kondomen, gefördert, kritisiert er.

Nineth Montenegro, Präsidentin der *Kommission für Frau, Kind und Familie*, zeigt sich erfreut über die Regierungskampagne. "Das Tabu rund um die Reproduktionsfähigkeit der Frau und die damit verbundenen Gesundheitsrisiken sind alte Themen und bis heute ist keine vernünftige Bevölkerungspolitik erarbeitet worden". Daher sei es dringend nötig, Methoden zu verbreiten, die dazu beitragen, dass nur so viele Kinder gezeugt werden, wie unterhalten werden könnten, meint Montenegro.

Das Fehlen jeglicher Bevölkerungspolitik zeigt sich auch in den Statistiken der letztjährigen nationalen Untersuchung von *Salud Materna-Infantil*

(ENSMI): Jährlich sterben durchschnittlich 49 von tausend Frauen bei der Geburt oder bei Abtreibungen. Nur knapp 40% der Frauen benutzen Verhütungsmittel, während weitere 23% den Zugang zu solchen wünschen. Frauen ohne jegliche Ausbildung haben durchschnittlich 6.8 Kinder und 44.3 % der Frauen unter 19 Jahren sind bereits Mutter oder zumindest schwanger. Ausserdem kommen 30% der Neugeborenen zur Welt, bevor ihre Schwester/ihr Bruder ein Jahr alt ist.

Dies alles seien wichtige Daten, die Aufschluss gäben über den Zustand des Landes, meint auch Thelma de Duarte, Direktorin der *Vereinigung für das Wohl der guatemaltekischen Familie* (APROFAM). In diesem Land voller Machos und Diskriminierer und ohne nennenswerte Bevölkerungspolitik, hätten sich in all den Jahren stets nur eine kleine Zahl von NRO's um dieses kontroverse Thema gekümmert.

Die Polemik rund um das Tabu Thema Sexualität sei nichts Neues, fügt der Koordinator der *Vereinigung für soziale Investition und Studien* (ASIES), Carlos Gehlert Matta, an. Die Gesundheitssituation der Frauen sei schon immer Indikator gewesen für das Fehlen jeglicher Sexualerziehung und Bevölkerungspolitik. Es sei zwar augenfällig, dass sich die Gesellschaft in den letzten Jahren entwickelt hätte, dennoch sei im Sexualerziehungsbereich wenig geschehen. Zusammenfassend sagt er: "Solange den Dingen kein konkreter Namen gegeben wird, werden wir weiter den fehlenden Fortschritt bejammern".

Jorge Roberto Escobedo vom lateinamerikanischen *Zentrum Gesundheit und Frau* (CELSAM) schliesst sich ihm an und beklagt, dass keine bisherige Regierung irgendeine langfristige Politik betrieben habe, welche den Frauen und ihrer Entwicklung zu Gute komme. Die Regierungen seien bloss an kurzfristigen Projekten interessiert. CELSAM wird noch diesen Monat in allen Departementen Guatemalas eine Aufklärungskampagne zu Verhütungsmethoden und Familienplanung starten. Zudem installiert sie eine Gratisnummer für telefonische Beratung, sowie eine Internetseite.

Escobedo, Gynäkologe bei CELSAM ist überzeugt, dass die Sterberate von Frauen durch bessere Information und Verbreitung von Verhütungsmitteln relativ einfach gesenkt werden könnte, denn über 6000 Frauen sterben in Lateinamerika jährlich aufgrund von Abtreibungen. APROFAM rechnet pro zehn Schwangerschaften mit drei Abtrei-

bungen.

Die Daten der letztjährigen Statistik weisen einen leichten Anstieg im Gebrauch von Verhütungsmitteln aus. Spitzenreiterinnen sind nach wie vor die Pille (3.4%), das Beobachten des Zyklus (3.8%), und die Sterilisation (12%). Als Gründe gegen den Gebrauch von Verhütungsmitteln gibt Victor Solárzano, Chef der Departementskliniken von APROFAM, vor allem Zweifel an der Wirksamkeit und die oft unbezahlbaren Kosten für Kondome oder die Pille an.

## Vermeintlich sterilisierte Frauen wurden schwanger

**Zacapa, 21. März.** Mindestens 32 Frauen liessen sich in einer Klinik von APROFAM in der Region von Teculután sterilisieren. Viele von ihnen sind dennoch schwanger geworden, meldet Hector Barrera, Menschenrechtsbeauftragter von Zacapa.

Die Direktion von APROFAM weist jegliche Anschuldigungen in diesem Fall zurück.

Barrera will eine Untersuchung einleiten, da das Recht auf Gesundheit der Frauen verletzt worden sei. Ausserdem fügt er an, dass es schlicht unmöglich sei für eine Klinik, dreissig Sterilisationen in einem Tag auszuführen. Menschenrechte seien auch im Gesundheitsbereich verbindlich, unabhängig davon wie arm und ungebildet die Frauen auch seien, meint er.

Zwei Tage später verlautbart Thelma Duarte von APROFAM gegenüber der Presse, dass sich die Organisation den betroffenen Frauen annehmen will. Sie leitet eine Untersuchung ein, die den genauen Hergang der erfolglosen Sterilisationsoperationen klären soll.

"Als wir von den Schwangerschaften erfuhren, suchten wir Kontakt mit den Frauen. Wir verpflichteten uns, für alle nötigen pränatalen Untersuchungen zu Verfügung zu stehen und werden die Frauen während der Schwangerschaft und Geburt unterstützen", äussert sie sich gegenüber der Presse.

APROFAM engagiert sich seit 35 Jahren in Gesundheitszentren für mittellose Frauen, daher darf der obige Fall wohl kaum als vorsätzlich eingestuft werden. Die neu gestartete Aufklärungskampagne soll vielmehr helfen, in Zukunft solche Skandale zu verhindern.